



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2022/03669**
Datum: 02.02.2022
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum: 23.02.2022

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	23.02.2022	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) "Wissenschaft ist der Schlüssel zur Zukunft- Martin-Luther-Universität aufgabengerecht finanzieren"- Resolution**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt folgende Resolution:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beobachtet die Konsolidierungsdebatte an der Martin-Luther-Universität mit großer Sorge. Insbesondere die Pläne, die Universität aufgrund des Haushaltsdefizits um 30 Lehrstühle, 250 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter:innen und 3.000 Studienplätze zu reduzieren, können nicht im Interesse des Landes Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle (Saale) sein.

Der Verlust einiger Fachbereiche, die es in Sachsen-Anhalt nur in Halle gibt, der Abbau von Kapazitäten für Forschung und Lehre und die effektive Verkleinerung der MLU sind Vorhaben, die die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft als Ganzes schwächen. In der Klimakrise, aufgrund des demografischen Wandels, in der Biodiversitätskrise, beim Strukturwandel und in der Corona- Pandemie brauchen wir wissenschaftliche Debatten und Erkenntnisse, um eine lebenswerte Zukunft gestalten zu können.

Dabei spielt die MLU in der gesamten Region eine zentrale Rolle, da sie Forschungspotentiale bündelt und weit über die Stadtgrenzen hinauswirkt. Wir brauchen junge Menschen, die nach Halle und Sachsen-Anhalt kommen, um hier zu studieren. Wir brauchen Wissenschaftler:innen, die hier ihre akademische Karriere fortsetzen und ihre neue Heimat finden.

Der Akademische Senat der Martin-Luther-Universität, der sich zurzeit mit diesen Plänen beschäftigt, hat mehrfach auf die prekäre Situation der Unterfinanzierung hingewiesen. Er hat deutlich gemacht, dass die Landesmittel der letzten Jahre bei weitem nicht ausgereicht haben, um die der Universität zugewiesenen Aufgaben zu übernehmen. Ein Bündnis aus Studierenden und Mitarbeiter:innen hat durch seine Proteste deutlich gemacht, dass diese

Einsparungen nicht im Interesse der Hochschulangehörigen sind.

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) fordert die Landesregierung und den Landtag deshalb dazu auf, die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg aufgabengerecht zu finanzieren, sodass alle Studienplätze, die Fächervielfalt und das Forschungspotential der Universität erhalten werden können.

Gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Begründung:

Seit dem Haushaltsjahr 2021 gilt an der MLU eine Stellensperre von drei (inzwischen: sechs) Monaten und eine globale Minderausgabe. Dieser „Nothaushalt“ ist notwendig geworden, weil die Finanzierung des Landes nicht für die Aufgaben ausreicht, die die MLU übernimmt. Auf dieser Basis begann im Juni 2021 ein Strukturprozess, der inzwischen in den Gremien der Universität geführt wird. Bei diesem Prozess ist allerdings deutlich geworden, dass die Einschnitte zur Erreichung eines haushälterischen Spielraums enorm wären und nicht ohne den Verlust von tausenden Studienplätzen und Stellen zu haben sind.

Deshalb hat der Akademische Senat der MLU mehrfach an die Landesregierung appelliert, die

finanzielle Situation zu verbessern:

Resolution des Akademischen Senats der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zur Haushaltssituation (10.11.2021)

<https://wcms.itz.uni-halle.de/download.php?down=60638&elem=3397012>

Erklärung des Akademischen Senats zur finanziellen Lage der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg

(14.04.2021)

<https://wcms.itz.uni-halle.de/download.php?down=58907&elem=3360059>

Da auf diese dringenden Appelle bis jetzt nicht reagiert wurde, hat der Senat im Juni 2021 den

Beginn einer Haushaltsdiskussion beschlossen: <https://wcms.itz.uni-halle.de/download.php?down=59335&elem=3369387>

Im Herbst 2021 kamen als Zwischenergebnis dann die „Leitlinien zur Profilschärfung der MLU“

heraus, die eine drastische Verkleinerung der Universität vorsehen: <https://wcms.itz.unihalle.de/download.php?down=60065&elem=3383995>

Diese aus der Not heraus geborenen Pläne sind jetzt Grundlage für die Diskussion und drohen einen

immensen Schaden anzurichten, wenn die Landesregierung nicht reagiert.

